



GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Wer wählt eigentlich die AfD?

Horst Kahrs, Mitarbeiter bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und u.a. zuständig für Wahlanalysen gibt sich nicht zufrieden damit, alle AfD-Wähler*innen zu Präkarisierten oder Protestwählern zu erklären. Sein Versuch, sich etwas differenzierter und vertiefend den Motiven von AfD-Wähler*innen zu nähern, dürfte möglicherweise gerade auch für Linke Denkanstöße vermitteln und vielleicht ja auch geeignete Strategieansätze zu entwickeln, um zielgerichteter mit dem Phänomen AfD umzugehen. Viele der nachfolgenden Gedanken und Argumente entstammen einem Interview mit Kahrs in der OXI, einer neuen, alternativen Wirtschaftszeitung.

Nach Kahrs erscheint auf der politischen Bühne europaweit was in der Gesellschaft schon lange und schon immer da war. Langzeitstudien belegen, dass ca. 20 Prozent der Bevölkerung rechte, autoritäre Einstellungen pflegen. AfD-Wähler*innen fühlen sich kulturell in großen Teilen in ihrer „Heimat“ bedroht und entfremdet. Sie stellen sich die Frage: Gehören wir noch zur Mehrheitsgesellschaft. „Linke neigen dazu, solche Kultur- und Identitätsfragen zu unterschätzen“. Die AfD gaukelt dagegen mit wenigen populistischen Begrifflichkeit wie z.B dem Volkswillen ein homogenes Volk vor. Man gibt sich anti-elitär, anti-egalitär, anti-pluralistisch gegenüber Fremden und setzt auf klare autoritäre Lösungen.

Inhaltliche Angebote der AfD spielen für die meisten ihrer Wähler*innen keine oder kaum eine Rolle. Die Kenntnis der AfD-Programmatik tendiert unter deren Wählerschaft gegen Null. Entscheidend dürfte eher der symbolische Wert sein wofür sie anscheinend zu stehen scheint. Erst gegen verantwortungslose Banker und den Euro und , dann gegen „faule Griechen“ und jetzt

gegen Flüchtlinge und offene Grenzen. Immer galt und gilt das Motto, „die Einheimischen zuerst“.

Nicht die sogenannte Unterschicht wählt überdurchschnittlich AfD. Weit überdurchschnittlich haben sie Männer und Wähler*innen mit einem mittleren Bildungsabschluss gewählt. Menschen ohne Perspektive der eigenen Klassenlage zu entkommen, „vor allem das neue Dienstleistungsproletariat“ gehen schon seit längerem immer noch eher gar nicht wählen. Kahrs sieht den Aufstieg des rechten Populismus unter diesem Blickwinkel auch als eine Kampfansage der mittleren Qualifikationen an die akademischen Eliten. „Wer für sich in einer globalisierten Welt keine Aufstiegschancen oder Verbesserungen erkennen kann, wird eher ansprechbar für populistische Ansprachen“.

Kahrs fehlt bei großen Teilen der Linken die Empathie gegenüber der Unsicherheit vieler Menschen. Es reicht ihm nicht „mehrere universalistische Grundsätze einer offeneren Gesellschaft zu vertreten“. Er hält zwei Fragen für elementar, um linke Politik in die Offensive zu bringen. „Erstens die Demokratiefrage. Niemand wird als Demokrat geboren. Eine Demokratie erzieht ihre Demokraten. Das Erstarken einer antidemokratischen, antipluralistischen, autoritären Partei wie der AfD deutet auf mangelnde Investitionen in die Demokratie und ihre Institutionen hin.“ Die Demokratiefrage ist für Kahrs immer auch eine Frage der Mitwirkungsmöglichkeiten über die eigenen Lebensverhältnisse. Es muss ein Gegengewicht zu den immer anonym werdenden Wirtschaftsmächten durch demokratisch legitimierte Gremien, aber auch zivilgesellschaftlichen Protest und Gegenwehr. Demokratie-

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

| | |
|----------------------------|----|
| Wer wählt die AfD? | 1 |
| VVN | 2 |
| FG Cuba | 3 |
| DKP | 4 |
| GöLinke | 5 |
| DIE LINKE. Termine | 6 |
| DIE LINKE. Europabüro | 7 |
| Die LINKE. Kreisverband | 8 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 9 |
| Grobian | 10 |
| GöLinke | 11 |
| Arbeitskampf in der Pflege | 12 |

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2016
ist der 19. August.
Auslieferung am 25. August.

unterricht in den Schulen, politischen Themen beim Bildungsurlaub müssen deutlich in den Vordergrund rücken.

Internationalismus und die Europa-Frage stellen den zweiten Schwerpunkt in Kahrs Ausführungen dar. Für Linke muss das heißen: „Wie kommen wir zu einem sozialen Europa? (...) Wie kriegen wir es hin, Schritt für Schritt Institutionen eines europäischen Sozialstaates aufzubauen, zum Beispiel eine europäische Gesundheitsversorgung? (...) Ähnlich bei der Arbeitslosenversicherung: Warum nicht damit beginnen, für alle Unternehmen, die in mehreren EU-Ländern Betriebe unterhalten, eine solche europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen? (...) Demokratieförderung und soziale Gerechtigkeit europäisch übersetzen, damit würde ich beginnen, um den Gegenpol zur Rechtentwicklung zu stärken.“



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Erfahrungen der »Kinder des Widerstands« finden positive Resonanz

Wir, die Gruppe »Kinder des Widerstandes – Antifaschismus als Aufgabe« waren überrascht und erfreut: Nach knapp drei Monaten mussten wir die zweite Auflage unserer Broschüre drucken lassen. Die erste Auflage war vergriffen!

Kurz ein paar Informationen: Die in der Gruppe Mitarbeitenden sind Kinder von Naziverfolgten, die entweder ins Ausland fliehen konnten und sich dort oft den jeweiligen Widerstandsbewegungen anschlossen oder von solchen Verfolgten, die in Deutschland Konzentrationslager oder Zuchthaus und Gefängnis erleiden mussten.

Viele Angehörige dieser Generation sahen es nach 1945 als ihre Aufgabe an, vor allem Jugendliche über alten und neuen Faschismus zu informieren; Zeitzeugen, die leider inzwischen verstorben sind oder so gebrechlich, dass sie nicht mehr an Veranstaltungen teilnehmen können.

Seit 2011 versuchen wir, diese Lücke ein wenig zu verkleinern, indem jetzt wir als Nachkommen in Schulen, Vereine, Organisationen gehen und dort informieren und diskutieren. Auch durch Zeitungsartikel, Mitwirkung an Radiosendungen (WDR), Betreuung von Ausstellungen und Beteili-



Weg mit den Nazisymbolen: Paul Bebert, Vorsitzender der Hamburger Bauarbeitergewerkschaft, schlägt am 14. September 1945 das Hakenkreuz am Gewerkschaftshaus ab. Während des Nazi-Regimes war der Sozialdemokrat wegen des von ihm geleisteten Widerstands zu Zwangsarbeit verurteilt.

gung an Studienfahrten zu Gedenkstätten konnten wir inzwischen viele Menschen erreichen.

Oft wurden wir nach weiteren Einzelheiten zur Geschichte unserer Eltern und Großeltern gefragt und auch zu unserer eigenen Nachkriegsgeschichte.

Mit unserer ersten Broschüre, in der acht »Kinder« aus NRW sehr persönlich erzählen, wollten wir diesem Interesse nachkommen und auch versuchen, mit der Broschüre noch mehr Menschen zu erreichen. Es gibt längere Erzählungen, Episoden, Berichte – der Stil und auch die Herangehensweise an die Familiengeschichte ist ganz unterschiedlich.

Die Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern waren ausnahmslos positiv. Stellvertretend drei Kommentare.

Jemand aus Recklinghausen schreibt: »Ich habe Euer Buch mit sehr großem Interesse gelesen. Es hat mich so in den Bann gezogen, dass ich es ohne Pause durchgelesen habe. Vieles kannte ich bereits, trotzdem habe ich noch viele wertvolle Informationen erhalten. Mein Exemplar des Buches habe ich an Freunde weitergegeben, weil ich es so informativ finde.« In ihrem weiteren Schreiben schlägt sie vor, in weiteren Artikeln stärker auf das Zusammenleben mit den Eltern einzugehen, ob und wie sie den Lebensweg beeinflusst haben, auf mögliche Differenzen mit ihnen und eigene Entscheidungen.

Interessant waren auch die Äußerungen einiger Leserinnen und Leser aus der ehemaligen DDR. Sie sagten übereinstimmend, dass sie solche Erzählungen wie die unseren natürlich kennen. Aber die Berichte, die sie über die 50er und 60er Jahre der BRD in der DDR hörten, wurden durch unsere Erzählungen bestätigt. Es war eben keine »DDR-Propaganda« sondern ganz reale bedrückende Erfahrung im »freien Westen«.

Der folgende Kommentar drückt treffend aus, was wir mit unserer Broschüre beabsichtigten: »In einer Zeit, in der aufgehetzte Bürger in Duisburg und anderswo wieder rassistische Parolen grölen, ist umso wichtiger die Erfahrungen des Faschismus weiter zu geben und aus dem Erleben

Kinder des Widerstandes

Antifaschismus als Aufgabe

Beiträge von
Inge Trambowsky
Christa Bröcher
Margret Rest
Gert Levy
Alice Czyborra
Traute Sander
Klara Tuchscherer
Barbara Simoleit

Mit einem Vorwort von
Florence Hervé

Die Schrift »Kinder des Widerstandes« ist für 6,- Euro (inclusive Versandkosten) zu beziehen bei: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen, Büro Gathe 55, 42107 Wuppertal.

und Handeln der Menschen, die darunter gelitten und sich gewehrt haben, zu lernen. Das Buch »Kinder des Widerstands« macht uns bekannt mit Menschen, die sich engagieren und die Erfahrungen ihrer Eltern weitergeben. Sie haben sich zur Aufgabe gemacht, Menschen zu informieren und mit ihnen zu diskutieren, wie der Satz »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« heute aktiv verwirklicht werden kann. Gerade die politische Bildung muss ihre Chancen nutzen, mit vielen Bürgern diese Fragen zu erörtern und Perspektiven des Handelns zu entwickeln. Es ist gut zu wissen, dass die Nachkommen der Menschen, die im Widerstand waren, bereit sind ihre Erfahrungen und Gedanken in der Öffentlichkeit zu diskutieren. In Duisburg haben wir die Gelegenheit.« (Achim Ziellenbach, Ev. Bildungswerk Duisburg, Fachbereichsleiter Politische Bildung)

Solche Rückmeldungen ermutigen uns, weitere Broschüren zu planen. Allerdings wollen wir nicht mehr Berichte aus ganz NRW in einem Buch zusammenstellen, sondern regionale Geschichten erfassen. Ein erstes Treffen für eine Broschüre »Bergisches Land« hat es schon gegeben, weitere z. B. für den Raum Köln, das Ruhrgebiet und den Raum Düsseldorf sollen folgen.

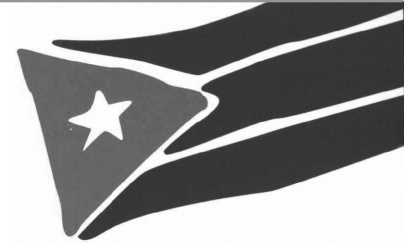
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 02. August

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Unter den schlimmsten zehn

»Reporter ohne Grenzen« sieht Journalismus in Kuba schlechter geschützt als in Kriegsgebieten. Eine ver.di-Zeitschrift verbreitet den Unsinn

Überraschung für Abonnenten von M – Menschen machen Medien, dem medienpolitischen Magazin der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Aus der aktuellen Ausgabe flatterte ihnen eine Weltkarte der Pressefreiheit entgegen, die die Lage in den einzelnen Ländern darstellen soll. Aufgeteilt sind die einzelnen Staaten farblich von weiß (»gute Lage«) bis zu schwarz (»sehr ernste Lage«). Als Herausgeber angegeben wird die von M unterstützte Organisation »Reporter ohne Grenzen« (ROG), die jährlich eine »Rangliste der Pressefreiheit« veröffentlicht.

ROG wurde 1985 in Paris unter anderem von Robert Ménard gegründet, der den Verband bis 2008 leitete. Dieser frühere Trotzki wanderte im Lauf der Jahre immer weiter nach rechts, bis er öffentlich den Front National (FN) unterstützte und sich 2014 mit den Stimmen der Neofaschisten zum Bürgermeister der Stadt Béziers wählen ließ. Seine ehemaligen Mitstreiter von ROG hatten sich da

schon von ihm distanziert. Einen echten Kurswechsel hat die Organisation seither jedoch nicht unternommen. Man lässt sich ausweislich des eigenen Rechenschaftsberichts auch heute noch gern von staatlichen Stellen finanzieren. Mittel fließen etwa von der aus dem US-Bundeshaushalt bezahlten Stiftung National Endowment for Democracy (NED) oder französischen Regierungsstellen. Unterstützt wird ROG nach eigenen Angaben unter anderem direkt vom Außen- und vom Verteidigungsministerium in Paris.

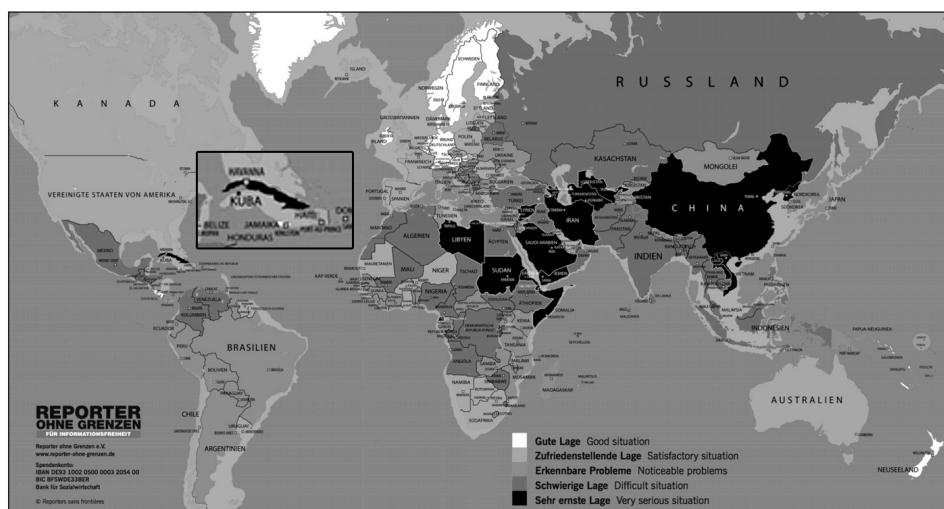
Solche Partnerschaften spiegeln sich in den Kriterien wider, nach denen ROG agiert. So gibt es bislang keine Stellungnahme der Organisation zur drohenden Schließung des ukrainischen Fernsehsenders Gamma TV, dem von den Kiewer Behörden zur Last gelegt wird, am 9. Mai 2016 eine Ansprache des Chefs der Kommunistischen Partei, Petro Simonenko, übertragen zu haben. Dagegen erscheinen auf der Startseite der internationalen ROG-Homepage

unter anderem die Staatschefs Wladimir Putin (Russland) und Nicolás Maduro (Venezuela) mit erhobenen Sekstgläsern, die in der Montage auf ein »Jahr der Zensur« anstoßen.

In ihrer Rangliste und auf der sich auf diese stützenden Weltkarte billigt ROG eine »gute Lage« lediglich den Ländern Skandinaviens, Deutschland, Irland, Estland und Neuseeland zu, die deshalb weiß erscheinen. In der nächsten, »gelben« Kategorie (»zufriedenstellende Lage«) finden sich unter anderem die USA, Frankreich, Spanien und Polen. Ganz schlimm (»sehr ernste Lage«) ist es nach diesen Kriterien unter anderem in Libyen, Syrien, Jemen, Iran, China, Vietnam, Laos und Kuba. Diese Länder wurden auf der Karte schwarz eingefärbt. Besser ist die Lage dagegen demnach in der Türkei, Kolumbien, Mexiko und Honduras.

Zu anderen Ergebnissen kommt etwa die Lateinamerikanische Journalistenföderation (FPL). Sie zählte zwischen Jahresbeginn und Ende April 2016 schon fünf Morde an Medienschaffenden in Mexiko, im ganzen Vorjahr waren es 14 Reporter. In Honduras wurden im vergangenen Jahr zehn Journalisten ermordet, in Brasilien waren es acht. In Kuba müssen Journalisten dagegen maximal damit rechnen, dass sie – so Amnesty International – »willkürlich festgenommen und für kurze Zeit in Haft gehalten« werden. Für Mexiko konstatiert Amnesty dagegen »schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter und andere Misshandlungen, Verschwindenlassen und außergerichtliche Hinrichtungen«. »Menschenrechtsverteidiger und Journalisten wurden nach wie vor bedroht, drangsaliert oder getötet.«

Trotzdem liegt Kuba auf der ROG-Liste auf Platz 171 von 180 Staaten und damit hinter Saudi-Arabien – wo Blogger ausgepeitscht werden – oder dem Kriegsgebiet Jemen. Mexiko rangiert auf Platz 149.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► **Aufstand der Töchter**

Am ersten Mai hatten sie sich auf die Bühne getraut: Beschäftigte der UMG Gastro, eine ausgegründete Tochtergesellschaft des Klinikums. Sie wollen einen Haustarifvertrag, der bis zu dreißig Prozent Lohnerhöhung vorsieht. Die Chancen dafür sind nicht so schlecht, ver.di gewinnt derzeit Mitglieder dazu und ist in absehbarer Zeit kampffähig. Aber ist diese Forderung nicht angesichts leerer Kassen (das sind sie immer) und bescheidener Lohnerhöhungen nicht vollkommen durchgeknallt, übertrieben, vermessen? Sie sind es nicht.

30 Prozent mehr Lohn entspricht einer Lohnanpassung an die Kolleginnen und Kollegen, die noch alte Arbeitsverträge aus der Zeit vor der Ausgründung besitzen. Es wird nämlich umgekehrt ein Schuh draus: Als die neue UMG Gastro das Licht der Welt erblickte, konnte sie Arbeitsverträge anbieten, die etwa 30 % unter den bisherigen Löhnen lagen. Das war auch notwendig, denn auf einmal kamen neue Kosten zum Vorschein: Erhöhter Verwaltungsaufwand (in Zeiten, wo ganze Landkreise zusammengelegt werden, um Kosten zu sparen etabliert sich eine neue Kleinfirma aus der UMG), Amortisation der neuen Investitionen, ein kleiner Gewinn für die neue Firma und

die Mehrwertsteuer, die auf einmal fällig wurde und die das Klinikum nicht als Vorsteuer abziehen kann. Da muss man halt 30% weniger anbieten (für einige Kolleginnen mit Teilzeitverträgen ist es nicht ganz so wenig, weil sie über das Sozialamt als Aufstocker noch Armenspeisung bekommen).

Die Ausgründung mit all ihren Kosten wurde einzig und allein deshalb betrieben, um bei den kleinsten Gehältern (und mit staatlicher Unterstützung) noch etwas Geld einzusparen. Mitleid mit der UMG oder der Gastrotochter sind da vollkommen fehl am Platze.

Und wer der Ansicht sein sollte, die Kolleginnen hätten in der Schule besser bezahlte Jobs zu konkurrieren, der übersieht (neben der eigenen Arroganz) die Tatsache, dass es sich um gesellschaftlich notwendige Arbeit handelt. Patienten im Krankenhaus wollen etwas zu essen und sie wollen das auf sauberem Geschirr serviert bekommen. Irgendjemand muss also Teller spülen und dieser jemand sollte so bezahlt werden, dass das Geld reicht.

Die DKP will den Kampf der Töchter unterstützen, für einen fairen Tarifvertrag mit gleichem Geld für gleiche Arbeit!

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 05. Juli, 20:00 Uhr

Berichte und Eindrücke vom Pressefest
Wahlkampfplanung

MV Dienstag, 19. Juli, 20:00 Uhr

Bildungsabend zur Strategie der DKP
(Toto)

MV Dienstag, 16. August, 20:00 Uhr

„Wohnen in Grone“ Leere Wohnungen und Geschäfte, steigende Mieten, Unterbringung der Geflüchteten – unsere Forderungen zur Kommunalwahl. (Hendrik, Bärbel)
Ort: Bürgerhaus Grone (angefragt)

MV Dienstag, 30. August, 20:00 Uhr

Strategie der DKP Niedersachsen (Werner Hensel)

Dienstag, 11. September, 20:00 Uhr

Wahlparty der Gö-Linke

dem Tisch. In Zukunft muss die Rolle der Jugend als Träger künftiger gewerkschaftlicher Kämpfe deutlich werden, andererseits auch am Vortag stärker auf die Mai-Kundgebung mobilisiert werden. Allein das reicht wohl nicht aus. Wir wollen, dass die Gewerkschaften, gerade die Gewerkschaftslinken, und die politischen Organisationen den Blick stärker auf die betriebliche Mobilisierung richten. Ein Traum: Betriebsgruppen, die vom eigenen Betrieb zur Demonstration laufen. Es ist traurig, dass sowohl die Kämpfe des Sozial- und Erziehungsdienstes als auch die Kollegen von Metall und Elektro, die Ende April u tausenden demonstrierten, nicht den Weg zum ersten Mai fanden.

Lobenswert die Kollegen, der UMG Gastro, die sich auf die Bühne wagten, um ihre Forderungen vorzustellen. Wieder ein Traum, wenn diese Gehör und dann auch Unterstützung bei jenen kampferprobten Kolleginnen fänden!

(...) weiter auf Seite 10

► **Der erste Mai muss attraktiver, jünger und betrieblicher werden!**

In den letzten Heften hatten wir schon Artikel zu den Vorkommnissen um den diesjährigen ersten Mai, wir wollen die Diskussion weiter führen.

Jährlich gibt es in Göttingen eine Demonstration zum ersten Mai mit anschließender Kundgebung, seit einigen Jahren organisiert die Gewerkschaftsjugend am Vortag einen kulturellen Abend mit Film oder Konzert. Diese Abende mobilisieren mehrere Hundert Jugendliche, die Demonstration zum ersten Mai ebenfalls

einige Hundert Gewerkschaftler, die personelle Überschneidung ist aber gering. Es fehlen am ersten Mai organisierte Jugendliche, dieses Jahr ist es mit dem Fernbleiben des Jugendblockes bekanntlich eskaliert.

Als DKP halten wir es für sinnvoll, beide Spektren miteinander zu verschmelzen, etablierte Gewerkschafter sollten zu den Konzerten, Jugendliche verstärkt zur Kundgebung kommen. Diese sollte für Jugendliche attraktiver gestaltet werden, die Vorschläge hierzu liegen längst auf

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Wer instrumentalisiert hier wen?

Die fünf vernetzten Flüchtlingsinitiativen mit ihren vielen ehrenamtlichen Helfer*innen in Weende, Hagenweg, IWF, Voigtschule, OM10 lassen sich also laut Stadtverwaltung von Aktivist*innen für deren „politisches Süppchen“ instrumentalisieren. Worin die Instrumentalisierung bestehen soll wird zwar nicht näher ausgeführt, aber gemeint ist sicherlich die subversive Infragestellung wohlmeinenden Verwaltungshandeln in Form von Zwangsverlegungen geflohener Menschen in eine Massenunterkunft.

Da lassen sich doch die fünf Initiativen eine kritische Presseerklärung zu diesem sozialen Akt städtischer Wohlfahrt von Menschen unterjubeln, die sich in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe noch nie engagiert haben. Da haben wir es doch wieder einmal, diese naiven „Gutmenschen“ der oben angeführten Flüchtlingsinitiativen wollen nicht begreifen, dass man im Rathaus schon weiß, was für die Menschen am Besten ist. Anstatt den Profis zu vertrauen, folgen sie lieber politischen Hasardeuren, die ihnen einreden, kleinere Unterbringungseinheiten hätten zumindest zur Zeit soviel freie Kapazitäten, dass auf die Massenun-

terbringung im Anna-Vandenhoeck-Weg ohne Weiteres verzichtet werden könnte. Sie lassen sich ein Papier diktieren, das völlig unsinnige Mindeststandards für Flüchtlingseinrichtungen fordert wie: angemessene Sanitäreinrichtungen, Sicherung medizinischer Versorgung, Schaffung von Gemeinschaftsräumen, eigene Gestaltungsmöglichkeiten des Wohnraums und was da noch so alles gefordert wird.

Da lobe ich mir doch die Eigenständigkeit der versammelten Ratsfraktionen, die sich in keiner Weise von den Vorgaben ihrer Verwaltung instrumentalisieren lassen. Die aus eigener Einsicht und Weitsicht unisono den Verwaltungsprofis zustimmen und folgen. Die Rathauskoalitionäre schaffen es sogar, eine Presseerklärung herauszugeben, die im Wortlaut fast identisch ist mit der wenige Stunden zuvor erfolgten Erklärung eines Dezernenten. „Zynismus“ werfen Sie den Kritikern aus den Flüchtlingsinitiativen vor, wenn sie über „individuelle Vorlieben für bestimmte Unterkünfte sprechen“.

Ist nicht in einem knapp zwei Jahre alten Ratsbeschluss die Rede davon, dezentrale Unterbringungsformen in jedem Falle zu favorisieren? (GN)

► Ob die Arche die Göttinger Architektur rettet?

Mit der Zustimmung zum Kustbetonbunker im sogenannten Steidl'schen Kunstquartier in der Düstere Straße scheint es ja ganz fix zu gehen. Die Arche soll es sein, die sich fensterlos aus Stampfbeton als monolithischer Block in das Gesamtensemble der Straße einpasst.

Das nennt man im Volksmund „Mut zur Lücke“. Ich gestehe allerdings zu, dass man über Geschmack trefflich streiten kann. Ich schließe mich in der Gesamtbeurteilung der neuesten, unser Stadtbild sicherlich prägenden

Bauprojekte GWG-Bau für das Goetheinstitut, Sparkassen-Hotelprojekt Groner Tor und Arche im Kunstquartier unserem OBERbürgermeister Köhler an: „Göttingen leidet nicht unter zu viel guter Architektur“. Kann sein, dass nach Realisierung der neuesten Projekte Göttingen noch mehr leidet. Leiden werden aber bestimmt etliche Göttinger Kulturinitiativen, wenn die anstehenden Kosten für den laufenden Betrieb des Stampfbeton Blockes aus dem städtischen Kulturretat bedient werden müssen. Hier wird dann mit ziemlicher

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

goeli_wahl@lists.riseup.net

dies ist der Name des Email-Verteilers für alle Kandidaten und Interessierten am Wahlkampf der Göttinger Linken.

Diese Liste soll:

- Debatten über die Inhalte des Wahlkampfes ermöglichen
- Artikel für unsere Internetseiten zur Diskussion stellen
- Organisatorische Details klären und
- für Veranstaltungen im Wahlkampf werben.

Wer auf diese Liste will und damit die E-Mails zum Wahlkampf erhalten will, schreibt bitte von der gewünschten Empfängeradresse aus eine mail an toto17@secarts.de, Betreff Wahlkampf und wird umgehend registriert.

Wer als registrierter User etwas schreiben will, adressiert seine mail einfach an die Liste (am sichersten geht das: irgendeine alte mail der Liste herausuchen, Betreff und natürlich Inhalt ändern und dann über „Liste beantworten“ wegschicken). Zur Kontrolle: Auch ihr müsstet dann diese mail erhalten. Wir hoffen auf rege Diskussion,

das Wahlkampfteam

Sicherheit keine Lücke geschlossen, wie für die Arche proklamiert, sondern es wird in finanzieller Sicht eine neue für die „Kleinkultur“ gerissen.

Bemerkenswert, dass bauliche Fakten geschaffen werden, wo bis heute keinerlei Klarheit über die Finanzierung der zu erwartenden Folgekosten besteht und es kein wirklich in sich schlüssiges, geschweige denn beschlossenes Konzept gibt. (GN)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Wahlkampfauftakt und Materialausgabe

Samstag, 6. August, ab 15 Uhr im Naturfreundehaus Göttingen.

Einladung zur

1. **Kreismitgliederversammlung des KV Göttingen/Osterode**
2. **Aufstellungsversammlung für die Kreistagswahl am 11.09.2016**
3. **Aufstellungsversammlung für die Kommunalwahl / Ortsrat Spiekershausen**

am Montag, den 4. Juli 2016, um 18:30 h, Lange-Geismar-Straße 3, 37073 Göttingen (Saal der Roten Hilfe)

Tagesordnungsvorschlag:

1. *Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Versammlungsleitung*

Für die Kreistagswahl

2. *Wahl von Schriftführern, Wahl- und Zählkommission, Vertrauensleute, Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt*
3. *Aufstellung der Listen, Wahlen und Bekanntgabe der Wahlergebnisse*

Für die Ortsratswahl Spiekershausen

4. *Wahl von Schriftführern, Wahl- und Zählkommission, Vertrauensleute, Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt*
5. *Aufstellung der Liste, Wahlen und Bekanntgabe der Wahlergebnisse*
6. *Verschiedenes*

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mögliche Termin im August stand bei Redaktionsschluss nicht fest

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Termin im August bitte bei Olaf und Kirsten Klein (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Mittwoch, 06. Juli, 19 Uhr im Alevitischen Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Uli Maschke (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 26. Juli, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden Donnerstag 19 Uhr, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Linker Stammtisch für alle!

Ab jetzt jeden ersten Donnerstag im Monat

Donnerstag, 06. Juli, ab 21 Uhr in der Hafenbar Kadenz, Judenstraße 17

Donnerstag, 04. August, ab 21 Uhr in der Hafenbar Kadenz, Judenstraße 17

Treffen der AKL (Antikapitalistische Linke)

Mittwoch, 20.07. um 19 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

Mittwoch, 17.08. um 19 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

Die Neuauflage der Europäischen Sicherheitsstrategie – EU Global Strategy

Sabine Lösing, MdEP - DIE LINKE.

Die EU, einst gegründet als zivile Union, zeigt immer mehr ihr militärisches Gesicht. Militär, Aufrüstung und Krieg wird hauptsächlich mit den USA und der NATO assoziiert, während die militärische Seite der EU und ihre Verwicklung in weltweite Krisen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden bzw. bekannt sind.

Doch die Grundlagen für diese Militarisierung der EU wurden schon durch die im Vertrag von Maastricht beschlossene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 1992 gelegt. Im Jahr 2000 folgte dann die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) als Teil der GASP. Die strategischen Rahmenbedingungen setzte der Europäische Rat dann 2003 durch die Verabschiedung der so genannten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS). Nach mehreren kleineren „Updates“ soll nun am 28. und 29. Juni 2016 die Neuauflage der ESS beschlossen werden. Die Global Strategy ist noch nicht veröffentlicht, derzeit existiert nur eine Art „Problemaufriss“ als Dokument vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), dessen Chefin Federica Mogherini ist, das aber auch dem schon seit Jahren eingeschlagenen Weg der Militarisierung der EU folgt.

http://www.eeas.europa.eu/docs/strategic_review/eu-strategic-review_strategic_review_en.pdf

Auf der Webseite zur Global Strategy unter dem Punkt „Sicherheit & Verteidigung“ heißt es unmissverständlich: „Die Verteidigungsbudgets der Mitgliedstaaten sind auf unausgeglichene Art und Weise drastisch gekürzt worden, ... Die EU ist vielleicht keine Militärallianz, aber die Union kann es sich nicht erlauben, das „V“ in ihrer GSVP zu ignorieren.“ (EU 2016a)

Mit der Realität hat diese Einschätzung wenig zu tun. Im Gegenteil: während in der Finanzkrise Sozialhaushalte drastisch gekürzt wurden, blieben die Verteidigungshaushalte beinahe unberührt. Zwischen 2008 (200 Mrd. Euro) und 2012 (189,6 Mrd. Euro) gaben alle EU-Staaten zusammengerechnet laut der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) nur knapp 1 Prozent weniger für Verteidigung aus (EDA 2014).

Im Dokument taucht immer wieder die Forderung der Etablierung der EU als „global Play-

er“ auf. Man müsse „schärfer definieren wie man den EU-Einfluss maximieren könne“ (S. 15). Dazu dient vor allem der sogenannte „kohärente Ansatz“ - er bezeichnet im Prinzip die Unterordnung aller relevanten Politik Bereiche wie Handels-, Energie-, Entwicklungspolitik unter die GASP/GSVP. „CSDP pioneered the „comprehensive approach“, more relevant today than a decade ago.“ (S. 3)

Des Weiteren analysiert das Papier richtig: „Fragile Staaten und nicht-regierte Gebiete breiten sich aus. Im Osten leiden die EU- Nachbarn an ökonomischer, politischer Fragilität und Energieversorgungsproblemen. Im Mittelmeerraum hat die Ausbreitung nicht-regierter Gebiete Kriminellen und Terroristen ermöglicht zu gedeihen. Weiter südlich sind Instabilität und Gewalt das Produkt von Armut, Gesetzlosigkeit, Korruption und konfliktgeladenen Wahlen und Politiken. Mehr als 50 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht“ (S.1)

Doch reflektiert die EU ihren eigenen negativen Einfluss hinsichtlich der Verursachung dieser Krisen und Probleme in keiner Weise. Dabei ist offensichtlich, dass die EU durch die Zusammenarbeit und Unterstützung von autokratischen Regimen, die neoliberale Wirtschaftspolitik inkl. Freihandelsabkommen erheblich zu diesen Missständen beiträgt bzw. diese verursacht. Es darf dementsprechend auch angenommen werden, dass die EU ihre zerstörerische Nachbarschaftspolitik (ENP) fortsetzt, obwohl das von der Kommission bei der Initiierung der ENP 2004 ausgegebene Ziel von stabilen Partnern komplett verfehlt wurde.

Im Gegensatz zu dem (noch) etwas zurückhaltenden Analysepapier des EADs zur Global Strategy ist der im April im EU-Parlament abgestimmte Entschließungsantrag zur neuen Sicherheitsstrategie wesentlich deutlicher und benennt rigoros was enthalten sein muss. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2bP8-TA-2016-0120%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE>

Im Bericht des EU-Parlaments ist erkennbar, dass man sich gegen Gefährdungen gegebenenfalls auch militärisch absichern muss.

So liest sich der Entschließungsantrag beinahe wie ein Wunschzettel der Rüstungs-

lobby: EU-Battlegroups (schnell verfügbare EU-Einheiten) sollen ausgebaut, die europäische Komponente des Äquivalents der NATO, der NATO Response Force, gestärkt und eine engere Koordination und Zusammenarbeit beider Verbände hergestellt werden; Schaffung eines EU-Militär-Hauptquartiers; massive Erhöhung der Ausgaben für Militär- und Verteidigungsforschung; entsprechend der NATO-Vorgabe sollen 2 Prozent des BIP für den Verteidigungshaushalt zur Verfügung gestellt werden; und Handelsrouten sollen ggf. auch militärisch abgesichert werden. Auch soll die EU, als globaler Akteur, mehr Verantwortung übernehmen und das „Sicherheitsvakuum“ in ihrer Nachbarschaft füllen. Außerdem sollen die Parlamente (sowohl national als auch das EU-Parlament) nicht behindern - Parlamentsvorbehalte zu den Militäreinsätze/Militarisierung sind bewusst nicht enthalten.

Wir als DIE LINKE im Europaparlament und GUE/NGL-Fraktion haben gegen diesen Bericht gestimmt, und mit Änderungsanträgen und einem so genannten Minderheitenbericht versucht diesem militärischen Wahnsinn gegenzusteuern und werden dies weiter tun.

Literatur:

„Die EU in einem sich wandelnden globalen Umfeld – eine stärker vernetzte, konfliktreichere und komplexere Welt“. Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2bP8-TA-2016-0120%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE>

European Union (EU) 2016a: European Union Global Strategy - Security & Defense. 26.5.2016; <https://europa.eu/globalstrategy/en/security-defence> http://www.eeas.europa.eu/docs/strategic_review/eu-strategic-review_strategic_review_en.pdf

European Defence Agency (EDA) 2014: Defence Data Portal; <http://www.eda.europa.eu/info-hub/defence-data-portal>

NATO Public Diplomacy Division 2016: Defence Expenditures of NATO Countries (2008-2015); 28.1.2016

http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2016_01/20160129_160128-pr-2016-11-eng.pdf

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Auf zum Wahlkampf!

Liebe Genossinnen und Genossen, Es ist wieder soweit, die Kommunalwahlen stehen vor der Tür. Es ist Wahlkampf und dabei werden viele

helfende Hände benötigt. Das ist die Gelegenheit auch für nicht so aktive Mitglieder einen wirkungsvollen Beitrag dazu zu leisten, dass wir hoffent-

lich am 11. September gute Ergebnisse feiern können.

Mithelfen kann jeder und jede, dazu muss mensch nicht Mitglied unserer Partei oder der Göttinger Linke sein. Wie bei jeder Wahl gilt es auch diesmal Infostände und Veranstaltungen durchzuführen, Plakate zu kleben und Infomaterialien in Briefkästen zu ‚stecken‘.

Auftakt-Grillen + Zentrale Materialausgabe am 6. August

Den Wahlkampf einleiten werden wir mit einem kleinen Auftakt-Grillen am Samstag, 6. August, um 15 Uhr im Naturfreundehaus Göttingen. Hier gibt es neben Speis und Trank, auch wichtige Wahlkampfinformationen und vor allem Wahlkampfmaterialien.

Dies betrifft PAPPEN, PLAKATE, FLYER und GIVE-AWAYS.

Infostände

In der Regel werden wir samstags mehrere Informationsstände durchführen. Dies betrifft natürlich insbesondere die Göttinger Innenstadt, nahe dem Gänseliesel, wo mindestens samstags ein Infostand der Göttinger Linken stattfinden wird.

Weitere Infostände wird es in Orten mit LINKER Kandidatur wie Hann. Münden, Herzberg, Rosdorf, Dransfeld, Walkenried, Bad Lauterberg oder Bad Grund geben. Auch in Duderstadt und Osterode sind aufgrund ihrer Mittelpunktfunktionen Stände möglich.

„Steck“-Aktionen

Wie jeden Wahlkampf verfügen wir über unterschiedliche Materialien. Dabei handelt es sich um Personenflyer zur Vorstellung der Kandidaten, thematische Flyer oder Veranstaltungshinweise. Nur ein geringer Teil davon wird für die Infostände verwendet; für den überwiegenden Anteil sind wir auf engagierte GenossInnen angewiesen, die diese Materialien direkt in die Briefkästen unserer WählerInnen befördern. Da DIE LINKE. die einzige Partei im Bundestag ist, die keine Großspenden von der Industrie bekommt, können wir, anders als CDU/SPD/GRÜNE/FDP nur sehr selten Postwurfsendungen bezahlen, und in diesem Wahlkampf leider gar nicht.

Wichtiger Hinweis: Schon im Bundestagswahlkampf 2013 wurde auf ein Gerichtsurteil hingewiesen, nach dem die bekannten ‚Bitte keine Werbung‘-Schilder an Brief-

kästen auch bei Wahlkampfmaterialien zu berücksichtigen sind. Aus rechtlichen Gründen wiederholen wir diesen Hinweis noch mal.

Zentrale Verteilaktion

Um die Infomaterialien zu verteilen findet voraussichtlich am 3.9. eine zentrale Verteilaktion statt. Ab 10 Uhr sollten die Wahlzeitungen und OB-Flyer im Roten Zentrum abgeholt werden.

Plakate

Am sichtbarsten im Wahlkampf sind natürlich die Plakate, die ab dem 6. August im ganzen Landkreis angebracht werden. In der Stadt Göttingen sind sie schon auf die Stellwände aufgeklebt, für das Plakatieren im Kreisgebiet verfügen wir über doppelseitig beklebte Pappen, die an Laternenpfählen und ähnlichen befestigt werden oder über einzelne Plakate für die Stellwände. Hier gibt es in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedliche Regeln. Während in Göttingen nur auf die Plakatwände plakatiert werden darf, ist dies an anderen Orten nur mit Pappen möglich.

Wenn ihr irgendwo Plakate seht, die abgerissen, beschmiert oder beschädigt sind, meldet dies bitte über die unten angegebenen Kontaktinformationen.

Im Idealfall schafft man es sogar, die Route, auf der mensch plakatiert hat, noch mal abzufahren und zu überprüfen. Nachplakatieren ist fast immer sinnvoll. Die Göttinger Umgebung, der Harz, das Eichsfeld oder auch die Weser sind doch Ausflüge wert.

Das Wahlwochenende 10./11. September

Am 10. September gibt es dann nicht nur das letzte Mal Infostände im Wahlkampf, sondern auch noch den Endspurt, den 24 – Stundenwahlkampf; näheres dazu findet ihr zeitnah auf der Homepage.

Und natürlich nicht vergessen: Am Sonntag wählen gehen. Die Wahllokale haben von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Ab 17: 45 Uhr findet dann im Roten Zentrum die Wahlfete statt.

Ich will helfen – wie nehme ich Kontakt auf?

Ganz wichtig: Insbesondere für die ‚Steck‘-Aktionen, aber auch für die Infostände, werden möglichst viele engagierte GenossInnen benötigt. Wer sich dafür anmelden will, kann dies am einfachsten per Telefon unter 0551-49566680 oder mit einer E-Mail an kreisverband@die-linke-goettingen.de tun.

► Landratskandidat Dr. Eckhard Fascher

Zur Landratswahl wird für DIE LINKE deren Fraktionsvorsitzender im Kreistag, Dr. Eckhard Fascher, antreten. Eckhard Fascher ist 54 Jahre alt und in Calden (Hessen) aufgewachsen.

Mit achtzehn Jahren begann er sich bei den Grünen zu engagieren, und sammelte als Mitglied des Kreistags Kassel zwischen 1981 und 1984 erstmals kommunalpolitische Erfahrungen.

Seit 30 Jahren lebt Eckhard Fascher in Göttingen, wo er auch sein Studium der Sozialwissenschaften absolvierte. Nach Studium und Promotion 1996 hat er neben hauptberuflichem und ehrenamtlichem Engagement in Vereinen in den Bereichen Klimaschutz, Menschenrechten und Migrationspolitik in der Erwachsenenbildung und Entwicklungshilfe gearbeitet. Aktuell ist Eckhard Fascher als Betreuer unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge tätig.

Er war er nach seinem Übertritt zur PDS 1998 dort und später in der Partei DIE LINKE Mitglied des Kreisvorstands.

Zu den Landtagswahlen 2008 und 2013 trat er als Direktkandidat im Wahlkreis Duderstadt an und war 2014 Oberbürgermeisterkandidat der Göttinger Linken.

Eckhard Fascher ist Vorstandsmitglied des LINKEN Kommunalpolitischen Forums Niedersachsen.

Er ist verheiratet und Vater einer achtjährigen Tochter und eines dreijährigen Sohnes.

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Stadtverwaltung drückt sich um sozialen Wohnungsbau

Sozialer Wohnungsbau wird zurzeit in Göttingen heißer diskutiert als sonst. Es mangelt an Tausenden würdigen Wohnungen, vor allem für 1 oder 2 Personen im unteren Preissegment. Wegen des massiven Mangels ist der Wohnungsmarkt vollkommen überhitzt. Unerträgliche Preise werden oft sogar für kaum bewohnbare „Löcher“ gezahlt. Aber die Diskussion in der Tagespresse findet nicht in dieser klaren Sprache statt. Obwohl das deutliche Benennen schon der wichtigste Beitrag zur Lösung des Problems wäre.

Stattdessen wird in abwechselnder Weise über scheinbar voneinander zu trennende Einzelthemen gesprochen, von denen jeweils nur eine Gruppe für sich betroffen sei:

Es wird so getan, als wenn die Frage, dass Studierende mehr Wohnungen brauchen, davon zu trennen wäre, dass viele weitere Menschen, die zwar nicht studieren, aber ebenfalls wenig Geld zur Verfügung haben, in Göttingen unter den überbezahlten Mietten ausgerechnet am unteren Rand der Preisskala leiden. Für die einen soll das Studentenwerk zuständig sein, für die anderen eigentlich niemand. Sie sind auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen. Auf diesem nutzen stadtbekannt Vermietet die gewaltige Nachfrage und das mangelnde Angebot an würdigen, bezahlbaren Wohnungen aus. Selbst kleinste, schlecht ausgestattete Wohnungen, selbst „Ein-Zimmer-Appartements“ um die 15 qm, werden hier zu Mieten von fast 400 EUR angeboten. In der Realität gibt es natürlich nur einen Wohnungsmarkt, und auch die Studierenden müssen zum größten Teil ihr „Glück“ auf dem privaten Wohnungsmarkt suchen.

Sonderthema Flüchtlingsunterkünfte?

Getrennt davon spricht die Stadt in diesen Wochen und Monaten davon, dass sie Wohnraum für Geflüchtete schafft. Diese Gruppe wird behandelt, als hätten Geflüchtete andere Bedürfnisse als jede/r andere. Da werden „Plätze“ geschaffen, im besseren Fall jeweils für zwei Menschen pro Zimmer. Dies soll entsprechend

Mitteilungen der Stadtverwaltung z.B. der Standard sein für den Neubau an der Europaallee, kurz vor dem Holtenser Berg (sechs Personen in je einer Drei-Zimmer-Wohnung) oder auch am Schützenanger (bis zu vier Personen in je einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung).

Später, in ca. 3 Jahren, sollen diese Wohnungen dann als „normale“ Sozialwohnungen Verwendung finden. Dann wird eine Zwei-Zimmer-Wohnung wahrscheinlich für eine Person vorgesehen sein. Die Drei-Zimmer-Wohnung wird dann wahrscheinlich entsprechend üblicher Standards für zwei Personen vorgesehen sein. Warum sollen schlechtere Standards für die Geflüchteten eingesetzt werden? Und warum dürfen nicht jetzt schon auch Alteingesessene in diese Wohnungen einziehen? So würden Geflüchtete und Alteingesessene nicht künstlich voneinander getrennt. Sie würden sich gegenseitig selbstverständlich im Alltag kennen lernen. Die Neubürgerinnen und Neubürger hätten viele zusätzliche Ansatzpunkte, ihren Weg in unsere Gesellschaft zu finden. Und es könnten schon jetzt Sozialwohnungen für alle unter Regie der Stadt zur Verfügung gestellt werden: Für Geflüchtete und für Alteingesessene gleichermaßen.

Es geht aber noch schlimmer: Herzstück der Unterbringung von Geflüchteten scheint die Massenunterkunft auf der Siekhöhe (Anna-Vandenhoeck-Ring 13) zu sein. Außerhalb der Stadt, nahe der Autobahn auch weit außerhalb von Grone gelegen, bietet sie offiziell Platz für über vierhundert Personen. Unter der Regie des Roten Kreuzes wird hier durch eine Firma auch für die Verpflegung gesorgt: Dreimal am Tag Anstehen in der Schlange, um etwas zu Essen zu bekommen.

Eine solche Massenunterkunft, fernab von der übrigen Bevölkerung, macht es den Bewohner*innen sehr schwer, den Weg in unsere Gesellschaft zu finden.

Klar ist auch, dass sich die Stadt durch das Ausweisen von „Platz für 400 Menschen“ in der Siekhöhe darum herum drückt, endlich für Wohnungen in großer Zahl zu sorgen.

Es gibt nur einen Wohnungsmarkt und daher nur gemeinsame Lösungen

Zwei Maßnahmen sind notwendig, damit die Situation sich endlich für alle gravierend bessert:

Es wird Zeit, dass die öffentliche Hand den sozialen Wohnungsbau in großem Maße ankurbelt, für alle Menschen, die bezahlbaren, würdigen Wohnraum benötigen. Dann müssen nicht mehr privaten Vermietern überzogene Mieten in den Rachen geworfen werden, sondern die öffentliche Hand gestaltet den Wohnungsmarkt mit. Das wäre eine Mietpreisbremse, die wirkt!

Zweitens muss der gewaltige Leerstand aufgelöst werden. Seit Jahren und teilweise Jahrzehnten stehen Wohnungen und Büroetagen in Göttingen leer. In anderen Bundesländern gibt es inzwischen Wohnraumschutzgesetze, welche durch Leerstandssteuern und andere Maßnahmen Druck auf Hausbesitzer*innen aufbauen, die aus spekulativen Gründen Wohnraum leer stehen lassen.

Aus den Reihen der SPD und der Grünen in Göttingen hat man in der Vergangenheit gehört, dass ihnen die Hände gebunden seien, weil Landesrecht ausschlaggebend sei. Das ist aber ausgerechnet in Göttingen eine schwache Ausrede.

Genau ihre Parteien sind in Niedersachsen zurzeit in Regierungsverantwortung. Sie könnten den „kurzen Dienstweg“ nutzen, um der Landesregierung mitzuteilen, dass Niedersachsen dringend ebenfalls ein wirkungsvolles Wohnraumschutzgesetz benötigt.

In wessen Interesse soll Politik handeln?

Natürlich: Die Reichen würden bei einer solchen Änderung der Politik doppelt den Kürzeren ziehen. Einerseits würden viele Geschäftsmodelle von Mietpreiswucher nicht mehr funktionieren. Auf der anderen Seite würde durch die für sozialen Wohnungsbau notwendigen Kosten der Druck steigen, dass der Staat mehr Geld zur Verfügung haben muss, vor allem aus der Besteuerung der Reichen. Hierfür steht das Steuerkonzept der LINKEN, welche einerseits fordert, dass Reichtum, besonders Spitzeneinkommen, große Vermögen und Konzerngewinne wieder höher besteuert, das Existenzminimum von Erwerbstätigen, der gesetzliche Mindestlohn und jedes Einkommen in der gleichen Höhe, aber nicht mehr besteuert werden darf.

(es)

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Geflüchtete in der C+C-Halle

Die Unterbringung von Geflüchteten in Hallen mag in Notsituationen, wie im Herbst letzten Jahres, noch angehen. Aber die Einweisung in die umgebaute C+C-Halle in Grone ist auf viele Monate angelegt und mit längerer Dauer des Aufenthalts wird die Situation zunehmend unerträglich. Konflikte sind da quasi mit eingeplant.

Die Planung der Stadt, aus Kostengründen bereits etablierte Unterkünfte in anderen Stadtteilen aufzulösen und die Bewohner in die C+C-Halle umzuquartieren, ist skandalös.

Aber diese politischen Konflikte dürfen unserer Meinung nach nicht auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden. Deswegen unterstützen wir die Willkommenskultur, die sich in Grone für „ihre“ Geflüchteten entwickelt.

Die Halle auf der Siekhöhe wird nun nach und nach belegt. Untergebracht sind zur Zeit etwa 120 Menschen aus mehr als 10 Ländern der Welt. Einige Familien mit Kindern und viele junge Männer bevölkern die Halle. Die ehrenamtliche Arbeit ist in verschiedenen Bereichen angelaufen. So gibt es Sprachkurse, Kinderbetreuung für die Kleineren, Sport und Fußball usw. Die schulpflichtigen Kinder gehen zur Schule.

Zur Zeit zeigen die Filmfreunde Grone verschiedene Fußballspiele der EM auf großer Leinwand und mit gutem Sound. Das Angebot wird gut angenommen und es werden weitere Übertragungen der Spiele nachgefragt. Das ist aber zur Zeit durch die Filmfreunde nicht leistbar; dafür wird noch Unterstützung gebraucht. Geplant sind nach der EM auch Filmvorführungen.

Da die Halle am Rande von Göttingen liegt, wurde begonnen eine Fahrradwerkstatt zu installieren. Dabei geht es nicht nur um die Mobilität der Geflüchteten. Mit der Instandsetzung der Fahrräder werden auch technische Kenntnisse vermittelt. Die Geflüchteten können damit sich selbst und Anderen helfen. Es werden dazu aber noch Fahrräder, Ersatzteile und vor allem technisch versierte HelferInnen gebraucht.

Auch das Fahrradfahren muss mit einigen noch geübt werden, ein Fahrradkurs soll angeboten werden.

Gebraucht werden auch noch Helfer für Begleitung zu Ärzten und Ämtern und zu Beratungsstellen.

Die Bewohner sind dankbar für jede Abwechslung. Wer da Ideen hat und was anbieten möchte, kann sich direkt an das DRK in der ehemaligen C+C-Halle wenden, Lars Willmann oder Pascal Comte. Die Email-Adresse lautet p.comte@drk-goe-nom.de

► Beispielhafte Aktion des Runden Tisches Grone

Mit einem Transparent „Hier könnten unsere neuen Nachbarn wohnen“ haben sich Teilnehmerinnen des Runden Tisches Grone vor leerstehenden Woh-

nungen in Grone Süd fotografieren lassen. Sie beklagen die vielen gähnenden Fenster im Stadtteil: „Wenn in Göttingen bis zu 3000 Wohnungen fehlen“ verstehen sie nicht „warum im Bestand der Westgrund mindestens 80 Wohnungen seit langem leer stehen und nicht vermietet werden“ schrieb Hendrik Falkenberg in einer Pressemitteilung. „Gerade sehen wir, wie im benachbarten Industriegebiet geflüchtete Menschen in einer Halle untergebracht werden müssen. Aber die Westgrund GmbH spricht immer noch davon, dass sie mit der Stadt im Gespräch ist (siehe GT <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Stadt-Goettingen-verhandelt-mit-Westgrund-Niedersachsen>). Das hören wir schon seit einem Jahr. Den Menschen

im Stadtteil geht es jedoch nicht um Verhandlungen sondern um Vermietung, damit wir unsere neuen Nachbarn begrüßen können.“

Siehe auch: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Stadt-Goettingen-verhandelt-mit-Westgrund-Niedersachsen>



(...) Fortsetzung 1. Mai von Seite 4

Es geht uns nicht nur um eine starke Beteiligung an der Kundgebung, es geht um die Möglichkeit einer Politisierung von Betriebsaktiven, um das Verlassen des engen Rahmens eines Tarifkampfes zugunsten gesellschaftspolitischer Forderungen (Abschaffung von Hartz 4, Arbeitszeitverkürzungen, Bleiberecht für alle Flüchtlinge).

Ein starker erster Mai als Grundlage einer politisch relevanten Arbeiterbewegung!

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Kein Werben fürs Sterben

Die Göttinger Linke im Rat und DIE LINKE. im Kreistag haben bisher leider für ihre Anträge Bundeswehrwerbung auf dem Göttinger Berufsbildungstag Tag (GöBiT) zu unterbinden keine Mehrheit gefunden. Wir haben in unseren jeweiligen Anträgen deutlich darauf verwiesen, dass diese Bildungsmesse überwiegend von Minderjährigen besucht wird und dass das UN-Kinderhilfswerk die Bundesrepublik schon wiederholt gemahnt hat Rekrutierungsversuche bei nicht Volljährigen zu unterlassen. Wenn nun auf dem Landesturnfest am verlängerten Wochenende vom 23. bis 26. Juni ein sportliches Großevents auch dazu genutzt wird, mit einem Stand der Bundeswehr für das Kriegshandwerk zu werben, dann ist ein weiterer zynischer Verstoß. Die Verbindung zwischen Sport und Soldaten"beruf" ist ebenso missbräuchlich, wie bei Kindern zu werben. Krieg zu führen ist weder ein Abenteuerspiel noch ein sportliches Event.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den sehr informativen und aufklärenden Sonderdruck der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und terre des hommes mit dem Titel: Kinder im Visier. Hier nur ein kleiner Auszug:

„Die Bundeswehr rekrutiert Minderjährige und wirbt an Schulen. Sterben ist nicht sexy, Krieg auch nicht, Depressionen und Alpträume schon gar nicht. Das weiß auch die Bundeswehr – und verschweigt dieses Thema konsequent bei ihrer Nachwuchswerbung. Stattdessen werden bei Bundeswehr-Werbespots Bilder von gesunden, gut aussehenden jungen Männern und Frauen gezeigt, die Spaß haben, gemeinsam Abenteuer bestehen und sich für eine gute Sache einsetzen. (...) Mit großen Versprechen und schönen Bildern werden vor allem junge Menschen gelockt, Soldat zu werden. Dennoch hat die Bundeswehr wie die meisten Armeen weltweit Nachwuchssorgen – insbesondere seit dem Wegfall der Wehrpflicht. den immer kleineren Jahrgängen aufgrund demographischer Entwicklungen und der steigenden Zahl an Auslandseinsätzen. Tod, Verkrüppelung, Trauma und Gewalt schrecken ab, da helfen auch angeblich gute Bezahlung und kostenloses Studium nichts. Auch der Behauptung. Man sichere den Frieden mit Kriegseinsätzen wie in Afghanistan schenken immer weniger junge Menschen Glauben – die täglichen Medienbilder sprechen eine andere Sprache. (...) Die Bundeswehr-

führung und viele Politiker sehen in der einseitigen Nachwuchswerbung in den Medien und den Vorträgen von Soldaten an den Schulen kein Problem. Für ausgewogene Information, wie sie der sogenannte Beutelsbacher Konsens für politische Bildung an Schulen fordert, sollen dann die Lehrer verantwortlich sein. (...) Dass auch kritische Experten aus der Friedensbewegung, von Kinderrechts- oder Menschenrechtsorganisationen an die Schulen eingeladen werden, ist die absolute Ausnahme. (...) Diese einseitige Werbung der Bundeswehr in Schulen und Jugendmedien mag im Interesse der Bundeswehr sein, im Interesse der Kinder ist dies angesichts der erheblichen Berufsrisiken von Soldaten sicher nicht. Die Interessen der Bundeswehr sind offensichtlich wichtiger als das Wohl der Kinder. Dies ist eine Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention, gemäß der das Wohl aller Personen unter 18 Jahren Vorrang haben muss.

Florian Kling, Hauptmann der Bundeswehr, Sprecher Darmstädter Signal: „Vielen Freiwilligen ist im jungen Alter nicht bewusst, worauf sie sich einlassen. Aus eigener Erfahrung kennen wir die Probleme junger Soldaten. Oft fehlt für den Dienst die notwendige Reife.“ (GN)

Weitere Fakten, Zahlen und Argumente sind ausführlicher in dem oben erwähnten Sonderdruck zu erfahren: http://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/04_Was_wir_tun/Themen/Krieg_und_Flucht/Kinder_im_Visier_Bundeswehrwerbung_GEW_terre_des_hommes_EW_02_2016.web.pdf

Foto: Michael Schulze von Glaßer



► Nur mal so als Randbemerkung

Es läuft alles rund in der Flüchtlingsunterkunft Siekhöhe, alles friedlich. „Ziel der Integrationsarbeit sei es nun, zur Selbstständigkeit zu erziehen“, so laut GT der Leiter der Unterkunft. Erziehen will man die überwiegend erwachsenen Menschen. Zur Selbstständigkeit. Die, die unter schwierigsten, entbehrungsreichen und gefährlichsten Bedingungen den

Weg bis nach Göttingen geschafft haben, waren bisher ja so unselbstständig.

Es hallt deutlich in der Halle bei der momentanen Belegung mit ca. 130 Personen wegen der fehlenden Decken über den einzelnen Wohneinheiten, so der Bericht. Mal sehen, wie sich das dann beim Bezug durch geplante 400 Menschen anhört?

Wie wäre es denn damit, wenn nicht nur „die Zimmergröße mit bis zu 14 Personen überdacht“ würde, wie in einem Gutachten angemerkt. Deutet nicht doch einiges auf einen generelleren Dachschaden hin? Etwas nachgedacht und 100 Menschen könnten ziemlich selbstständig allein in den leerstehenden Wohnungen in Grone ein richtiges Dach über dem Kopf haben. Mit Bedacht gehandelt gäbe es sicher ein persönlicheres und individuelleres Obdach für viele dieser Menschen.

(GN)

► Arrogante „Anmaßungen“ des Verfassungsschutzpräsidenten

Snowden könnte ein KGB-Spion sein. Der NSA-Untersuchungsausschuss behindere die Arbeit des Verfassungsschutzes und gefährde die Terrorismusbekämpfung. Arroganz gepaart mit einem merkwürdigen Demokratieverständnis kennzeichnete die Aussage des Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen vor dem

Bundestags Untersuchungsausschuss. Kein bisschen selbstkritische Reflexion zu den aufgedeckten Praktiken des Verfassungsschutzes. Kein Wort des Bedauerns gegenüber den Opfern der NSU-Morde, an deren Verhütung und Aufklärung der Verfassungsschutz nicht gerade eine rühmliche Rolle spielte. Inwieweit des VS

Ortungshilfe für gezielte Drohnenangriffe der US-Army auf menschliche Ziele geleistet hat, darüber möchte Herr Maaßen nicht näher reden. Und so wird weniger aufgeklärt, sondern abgelenkt und diffamiert. Snowden ist der Übeltäter, Parlamentarier sind „Sand im Getriebe“ und der Verfassungsschutz muss geschützt werden vor unverschämten Nachfragen zu seiner Rolle in der NSU-Affäre und den dubiosen Praktiken es Ausspähens von Freunden. Maaßlos Herr Maaßen, was sie sich anmaßen.

(GN)

► Arbeitskampf in der Pflege

Die Pflege, also die Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger, sind wahrlich nicht für großen kämpferischen Einsatz bekannt. Bei den Streiks in der UMG in den letzten Jahren wurden Notdienstvereinbarungen abgeschlossen, die auf einigen Stationen eine bessere Besetzung als der normale Alltag zur Folge hatte. Da ist natürlich gut streiken...

Doch jetzt gehen Nachrichten herum, die Anlass zur Hoffnung bieten: Bei der Charité in Berlin haben die Kolleginnen und Kollegen einen neuen Haustarifvertrag erkämpft, Inhalt: Keine bessere Entlohnung sondern, entsprechend der Wünsche vieler Pfleger, eine Mindestbesetzung auf Station mit entsprechenden Konsequenzen bei Unterschreitung. Der „gefährlichen Pflege“ wird so begegnet, zudem die Arbeitsbedingungen wirksam verbessert. Doch auch wenn letztlich alle profitieren, war es ein harter Kampf. Das erfolgreiche Druckmittel hieß: Betten oder ganze Stationen schließen. Dies ließ sich mit dem Ethos der Schwestern verbinden und brachte die Finanzdirektoren ins Schwitzen. Neu auch die Wahl

von „Streikberatern“, die frei von gewerkschaftlichem Muff im Streik die Aufgaben der Vertrauensleute unterstützten, ein niedrigschwelliger Eingang in ver.di. Es bleibt auszuwerten, inwieweit diese Berater den Weg in die Gewerkschaft finden werden, einstweilen lösen sie das Dilemma, dass die Gewerkschaft erst bei einem gewissen Organisationsgrad aktiv wird, bis dahin aber keine Anziehungskraft entfaltet.

Die Fackel der Charité wurde weiter gereicht: In Berlin an die Vivantes-Kliniken, im Land an das Saarland. Hier wollen alle Krankenhäuser eine Mindestbesetzung durchsetzen, nicht nur die gut organisierten Knappschaftshäuser, auch die kirchlichen Kliniken sollen ins Boot. Offensiv hat die Gewerkschaft einen Zielkatalog veröffentlicht, kreativ hat sie als nächste Aktionsform die Kündigung entdeckt: Möglichst viele sollen zu einem bestimmten Stichtag kündigen und habe ein entsprechendes Schreiben bei einem Notar hinterlegt. Angesichts der Personalsituation in der Pflege eine machtvolle Drohung.

(SW)

Es bleibt zu hoffen, dass diese ermutigenden Beispiele auch die Göttinger Beschäftigten aus der Lethargie reißt. Ver.di hat im letzten Jahr einen unerwartet hohen Zuspruch bei der Aktion „165000 Stellen fehlen“ erfahren, das Problembewusstsein ist also da. Es ist jetzt die Aufgabe, dieses zu kanalisieren und in einen erfolgversprechenden Arbeitskampf einzusteigen.

